

## Die Ermittlungen im Fall HSH Nordbank ziehen sich hin

Staatsanwaltschaft begründet Verspätung mit hohem Aufwand - Polizeikreise sagen Einstellung voraus - Ehemaliger Justizsenator Steffen wehrt sich gegen Vorwürfe

Mehrere Anzeigen des Hamburger Anwalts Gerhard Strate hatten umfangreiche Ermittlungen ausgelöst

Bei einer Großrazzia wegen Untreue und Bilanzfälschung wurden Unterlagen sichergestellt

Die Ermittlungen gegen den alten Vorstand der HSH Nordbank laufen schon seit mehr als einem Jahr. Im Frühjahr 2011 wollte die Hamburger Staatsanwaltschaft die Ergebnisse ihrer Arbeit vorlegen und entscheiden, ob Anklage erhoben werden soll. Dieser Termin ist verstrichen. Mittlerweile häufen sich Vermutungen, die Ermittlungen würden im Sande verlaufen. Doch dem widerspricht die Staatsanwaltschaft.

Im Mai 2010 hatten zeitweise bis zu 70 Polizeibeamte und Vertreter der Staatsanwaltschaft die Geschäftsräume der HSH Nordbank drei Tage lang durchsucht. Bei der Razzia ging es um den Verdacht der schweren gemeinschaftlichen Untreue im Zusammenhang mit den umstrittenen Omega-Geschäften und Bilanzfälschung. Ausgelöst wurde die Ermittlung durch mehrere Strafanzeigen des Hamburger Anwalts Gerhard Strate.

Der groß angelegten Fahndung, bei der die Ermittler rund 120 Leitz-Ordner und umfangreiche Computerdateien sicherstellten, war im April ein kompletter Austausch des Untersuchungsteams vorausgegangen. Ursprünglich hatte die Sonderkommission "Nordland" der Polizei die Ermittlungen geführt und war zu dem Schluss gekommen, dass weitere Ermittlungen aussichtslos wären. Damit schlossen sich die Polizisten den Aussagen des Prüfberichts der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer an, die den Vorstand, allen voran den damaligen Vorsitzenden Dirk Jens Nonnenmacher, unter die Lupe genommen hatte und diesem mehr oder weniger keine Schuld an dem HSH-Debakel zuwies.

Deswegen kam es zum Streit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft mit dem Ergebnis, dass die Ermittler ausgetauscht wurden und der Staatsanwalt die Führung übernahm. Aus Justizkreisen war zu erfahren, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass bei großen Wirtschaftsprozessen die Staatsanwaltschaft die Federführung der Ermittlungen übernimmt. Schließlich müssten bei der Beweisaufnahme strenge strafprozessuale Regeln eingehalten werden.

Aus Polizeikreisen ist dagegen nun zu hören, dass die Fortsetzung der Untersuchungen nutzlos gewesen sein soll. Trotz langwieriger Befragungen und ermüdenden Aktenstudiums lasse sich nichts Belastbares finden, mit dem einem oder mehreren der früheren HSH-Managern der Prozess gemacht werden könnte. Unterstützt wird diese Aussage durch Informationen aus CDU-Kreisen, wonach der damalige grüne Justizsenator Till Steffen aus politischen Gründen darauf gedrängt habe, den Druck auf die HSH aufrechtzuerhalten - das Klima war damals aufgeladen, und in der Öffentlichkeit wie in der Politik wurde der Ruf laut, endlich einen Verantwortlichen für das HSH-Desaster zu präsentieren.

Steffen bezeichnet den Vorwurf, er hätte die Staatsanwaltschaft aus politischen Gründen dazu angehalten, die Ermittlungen voranzutreiben, als "absurd". "Ich wurde bewusst aus der Berichterstattung über den Fortgang der Ermittlungen herausgehalten, gerade um dem Anschein einer politischen Einflussnahme entgegenzuwirken." Immerhin saß Steffen mit Finanzsenator Michael Freytag, der dem HSH-Aufsichtsrat angehörte, eine Zeit lang zusammen im schwarz-grünen Senat.

Die Staatsanwaltschaft hält daran fest, dass belastbares Material vorgelegt wird, mit dem eine Verhandlung eröffnet werden kann. Mittlerweile ist der Aktenberg auf 220 Ordner angewachsen. Zusätzlich müssen 400 Gigabytes an Dateien ausgewertet werden. Dass es noch etwas länger dauert, ist laut Oberstaatsanwalt Friedhelm Möllers aber kein Hinweis auf die Aussichtslosigkeit. Ob nun das späte Frühjahr oder, wie aktuell, ein Tag im August als Abschlusszeitpunkt genannt wird: Für Möllers sei das nicht mal eine richtige Verzögerung. Noch hätten 14 Polizeibeamte, zwei Staatsanwälte und zwei Wirtschaftsprüfer der Staatsanwaltschaft ausreichend mit der HSH Nordbank zu tun. "Wir warten, bis wir unsere Ermittlungen abgeschlossen haben", sagte Möllers.

Auch der Strafrechtler Gerhard Strate geht davon aus, dass es im Herbst zu einem Prozess gegen HSH-Verantwortliche kommt. Aber Strate glaubt nicht, dass der gesamte Vorstand angeklagt wird, sondern lediglich einzelne Vorstandsmitglieder.

Dass es grundsätzliche Probleme gibt, "in einem Strafverfahren wirtschaftliche Phänomene auf justizielle Sachverhalte herunterzubrechen, in denen Menschen als Beschuldigte die Hauptrolle spielen", glaubt der Erlanger Experte für Wirtschaftsstrafrecht, Matthias Jahn. Es bleibe für die Staatsanwälte ein Risiko, sich auf eine Hauptverhandlung einzulassen, so der Juraprofessor.

